



SPD
Lampertheim

Zuhören. Ernst nehmen. Bewegen.

Lampertheim 2021-2026

Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Inhaltsverzeichnis

Bürgernahe Verwaltung: Die Finanzen im Griff	Seite 3
Lebendiger Wohnstandort: Ökologisch ausgewogen	Seite 5
Bezahlbares Wohnen für alle	Seite 11
Garantiert mobil	Seite 14
Ehrenamt- unverzicht- und unbezahlbar	Seite 16
Eine vorsorgende Stadt für alle	Seite 17
Inklusion: keinen Menschen zurücklassen	Seite 19
Die Wirtschaft beleben-Arbeitsplätze schaffen	Seite 21
Ein sicherer Ort zum Leben	Seite 23
Demokratie stärken: alle mitnehmen	Seite 25
Hüttenfeld- freundlich, ländlich, liebenswert	Seite 27
Neuschloß- Sanierung gut abschließen, Bahntrasse C verhindern	Seite 31
Rosengarten-Umgehung, Kaufland, Sportplatz	Seite 32
Hofheim- Eine zukunftsfähige Gemeinde, ein lebendiger Stadtteil Lampertheims	Seite 34

Bürgernahe Verwaltung: Die Finanzen im Griff

Die Folgen der Coronakrise werden die kommunalen Haushalte lange Zeit belasten. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Stadt handlungsfähig bleibt und wichtige freiwillige Leistungen weiter erbringen kann. Vom Schwimmbad über den ÖPNV bis hin zu Vereinsförderung, Volkshochschule und Kultur communal: Lampertheim soll eine aktive und lebendige Stadt bleiben.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft Lampertheim (SEL) wollen wir stärken und so ausrichten, dass sie in die Lage versetzt wird im Bedarfsfall Wohnungsbau zu betreiben.

Die Kinderbetreuung wird organisatorisch umgestaltet. Wir streben als Organisationsform einen Eigenbetrieb mit eigener pädagogischer Leitungskraft an.

Aufgrund unserer Initiative gehören Straßenbeiträge in Lampertheim der Vergangenheit an, dies soll so bleiben.

Die angestoßene Organisationsuntersuchung wird fortgesetzt. Die Verwaltung muss wirtschaftlich aufgestellt und in den Arbeitsprozessen optimiert werden.

Die interkommunale Zusammenarbeit wollen wir verstärken. Potentiale sehen wir hier bei Verwaltungstätigkeiten, die im Hintergrund angesiedelt sind.

Die Technischen Betriebsdienste unser Bauhof werden unabdingbar alleine bei der Stadt Lampertheim verbleiben.

In Zukunft sollen verstärkt Bürgerkredite aufgelegt werden. So sollen Bürger*Innen an städtischen Projekten oder Projekte von öffentlichen Unternehmen finanziell beteiligt werden. Die Anleihe zum Bau der neuen KITA 2013 oder die Bürgerbeteiligung am angedachten Freiflächensolarprojekt sind hier Vorbilder.

Die Hundesteuer wollen wir reformieren und aus dem städtischen Tierheim erworbenen Hunde dauerhaft von Steuerzahlungen befreien.

Lebendiger Wohnstandort, ökologisch ausgewogen

Die SPD Lampertheim steht für eine ausgewogene, sozial-ökologische und ganzheitliche Stadtentwicklung. Hierbei ist unser oberstes Ziel eine nachhaltige Stadt. Wir wollen die entschleunigende Stadt. Ziele wie das der „100% Erneuerbaren Energien“ und wirtschaftliche Entwicklung sind für uns kein Widerspruch, sondern zusammen erreichbar. Lampertheim soll als lebendiger Ort mit hoher Wohnqualität, großem Bildungsangebot, vielfältigem Kulturleben und gelebter Regionalität ein hochwertiger Standort für Menschen aller Generationen werden. Um dieses Ziel zu unterstreichen, streben wir sowohl die Verlängerung der Siegel als „Ausgezeichneter Wohnort für Fach- und Führungskräfte“ und als „Fairtrade Stadt“ als auch die Bewerbung als „Cittaslow“ sowie als „kinderfreundliche Kommune“ an.

Grundlage für die Entwicklung unserer Stadt ist das „integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept“ (ISEK). Wir bekennen uns zu seinen Inhalten und werden das Förderprogramm „Stadtumbau Hessen“ nutzen, um die Entwicklung der Innenstadt voranzutreiben. Dazu gehören für uns auch die Schaffung von Häusern der Senioren, der Jugend und ein Sozialzentrum (näheres dazu im Kapitel „Soziales“).

Dabei bekennen wir uns zur Kaiserstraße als Fußgängerzone und wollen eine gezielte Freigabe nur für Radfahrer und den ÖPNV mit einer Haltestelle und einem Pop-up-Radweg.

Die Innenstadt muss in den kommenden Jahren belebt werden. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Beseitigung der Leerstände (bspw. Schillercafe und ehemaliger Schade-Markt).

Der Bahnhof ist ein Schandfleck. Der Umgestaltung des Umfeldes messen wir hohe Bedeutung bei. Hierbei soll ein platzähnlicher Charakter mitsamt möglichst gänzlicher Barrierefreiheit geschaffen werden. Der Bahnhof soll zum Mobilitätszentrum werden. Dazu gehören für uns Leihfahrräder, Carsharing, Fahrradständer, Radboxen und eine Perspektive für das Bahnhofsgebäude.

Bei Straßenbeleuchtung sollen gezielt „intelligente Straßenleuchten“ eingesetzt werden, die Verkehrsströme misst, Parkraummanagement ermöglicht und WLAN spendet.

Unser Stadtpark ist eine grüne Lunge unserer Stadt und eine echte Attraktion. Diese wollen wir ausbauen und gemäß des „Entwicklungskonzeptes Stadtpark“ fortentwickeln.

Das Stadtgebiet wollen wir zu einer besitzbaren und beispielbaren Stadt machen. Auf den Gehsteigen sollen Spielgelegenheiten für Kinder sowie Sitzmöbel für Ältere aufgestellt werden.

Das Straßenbild soll durch Absenken von Bordsteinen auf Nullniveau barriereärmer werden.

Die SPD steht für einen umsichtigen Verbrauch von Fläche. Daher wird der baulichen Nachverdichtung in der Innenstadt große Bedeutung beigemessen. In der Emilienstraße/Domgasse soll Nachverdichtung durch Büro- und Wohneinheiten erfolgen.

Die Lampertheimer Kernstadt soll durch den Umbau der Hans-Pfeiffer-Halle bei gleichzeitigem Neubau einer Sporthalle auf dem neuen Biedensandcampus eine eigene Kulturhalle erhalten.

Den Parkplatz in der Wilhelmstraße in der Höhe Domgasse wollen wir zu einer „grünen Oase“ mit Außenbestuhlungsmöglichkeit umgestalten.

Umsetzen möchten wir das Projekt der „coolen Straße“ (kühlen Straße). Hierbei sollen Straßen nach Vorbild der Stadt Wien temporär autofrei werden und auf der Straße neue Räume für Aktivitäten und Treffpunkte, Sitzgelegenheiten im Freien und Abkühlungsmöglichkeiten erschlossen werden.

Der Kinderspielplatz in der Gartenstraße in Hofheim soll weiter saniert werden. Der Basketballplatz soll mit einem Tartanbelag ausgestattet werden.

In der Lampertheimer Wilhelmstraße soll der Parkplatz geschlossen, begrünt und mit Außenbestuhlung versehen werden.

Wir wollen einen Jugendtreffplatz am Adam-Günderoth-Stadion mit Sitzgelegenheiten, Überdachung, Sportmöglichkeiten und Dirtpark schaffen.

Eine Chill-Treppe soll in Lampertheim gebaut werden.

In weiteren Verkehrsfragen wollen wir dem Grundsatz „Vorfahrt für den Radverkehr“ treu bleiben. Darum werden wir mehr Fahrradboxen an den Bahnhöfen und an jeder Bushaltestelle einen Fahrradständer installieren.

Bei jeder grundhaften Straßensanierung sollen breite Radwege angelegt werden.

Wir wollen sichere Schulwege für unsere Kinder. Der Umbau des Biedensand Campus muss so gestaltet werden, dass dieses Ziel umgesetzt wird.

Wir stehen zu einem gut gepflegten innerstädtischen Parkhaus, das genügend Parkraum innenstadtnah schafft und einen Übergang zu anderen Verkehrsträgern

(Rad- und Fußverkehr) schafft. Eine Erweiterung der Schillerschule werden wir unterstützen. Beide Ziele müssen kombiniert gedacht werden.

Zur Stärkung der Artenvielfalt soll eine „Lampertheimer Kiste“ initiiert werden. In dieser sollen für Balkon und Garten Samenmischungen von Kräutern und Pflanzen durch die Stadt vertrieben werden, die das „Urban Gardening“ (privates Gärtnern im bebauten Bereich) stärken.

Ferner soll das Projekt der „essbaren Stadt“ fortgeführt und deutlich ausgeweitet werden.

Ebenso soll es „Lampertheimer Vogelnistkästen“ und Insektenhotels durch die Stadt im Angebot geben. Dies ist ein Mittel des Stadtmarketings und sorgt für nachhaltige ökologische Maßnahmen im eigenen Garten.

Wir möchten die Umweltbildung stärken. Darum soll in den Kindertagesstätten ein Energiesparwettbewerb mit entsprechenden Unterrichtseinheiten umgesetzt werden. Hierfür sollen Fördermittel im Rahmen des Förderbausteins „Energiesparmodelle“ der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundes genutzt werden.

Zur zielgerichteten Weiterentwicklung unserer Klimaschutzpolitik streben wir die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes an. Dieses wird vom Bund finanziell gefördert. Flankierend dazu wird eine Personalstelle für Klimaschutzmanagement geschaffen, die der Bund für drei bis fünf Jahre ebenso kofinanziert.

Das Klimaschutzmanagement soll unter anderem eine Kampagne für erneuerbare Energien und Gebäudesanierung organisieren. Dies ist angesichts des großen Potenzials für Photovoltaik sowie der deutlich angehobenen Fördersätze für regenerative Heizungen und Sanierung seitens des Bundes ein wichtiger Baustein für mehr Klimaschutz in Lampertheim. Hierbei ist eine Zusammenarbeit und Verzahnung mit der BürgerSolarBeratung sinnvoll.

Im Neubau ist die Realisierung von klimaschonenden Maßnahmen besonders gut umsetzbar. Wir fordern daher, dass die Stadt Lampertheim beim Verkauf von

Grundstücken vertraglich vorgibt, dass entweder a) der KfW-Standard 40 Plus eingehalten wird, oder b) zumindest auf fossile Brennstoffe verzichtet und eine Photovoltaikanlage errichtet wird. Eine Ausnahme soll der soziale Wohnungsbau bilden.

Ebenso soll die Stadt Lampertheim sich an der jährlich stattfindenden „Earth Hour“ (Stunde der Erde) beteiligen, bei der für eine Stunde alle öffentlichen Beleuchtungen symbolisch ausgeschaltet werden, um für mehr Klimaschutz zu werben.

Das Förderprogramm „Energetische Gebäudesanierung“ wird ausgebaut. Es soll als Förderprogramm „Klimafreundliches Lampertheim“ fortgeführt werden. Mithilfe des Förderprogramms „Stadtumbau“ sollen auch Dach- und Hofbegrünungen, aber auch insektenfreundliche Gärten gefördert werden können. In Zusammenarbeit mit Energieried sollen Heimladestationen für E-Bikes und E-Autos angeboten und gefördert werden können.

Unseren Wald möchten wir naturnah erhalten. Ein vielfältiger Mischwald aus Laub- und Nadelhölzer ist dabei unser Ziel. Die Lösung der Grundwasserproblematik im Ried wird dabei von elementarer Bedeutung sein.

Die Biotopvernetzung, das Anlegen von Blühwiesen und Straßenbegleitgrün soll fortgesetzt werden. Neue Freiflächen für das Anpflanzen neuer Bäume wollen wir gezielt ausweisen.

Moderne Infrastruktur betrifft auch die Digitalisierung. Wir werden weitere WLAN-Punkte für freien Internetzugang im Stadtgebiet verankern. Weiterhin sollen auch alle städtischen Veranstaltungsräume mit für die Besucher zugänglichen WLAN-Spots ausgestattet werden. Ebenso werden wir den Breitbandausbau nach dem Prinzip „Fiber to the Home“ forcieren. Das Recht auf Home-Office muss auch durch leistungsfähige Breitbandverbindung überall in der Stadt gelten.

Das Bestattungswesen in Lampertheim werden wir fortentwickeln. Hierzu gehört für uns, die Stadtteilmfriedhöfe zu erhalten, der Pflege der Friedhöfe weiter große Bedeutung beizumessen und neue Formen der Bestattung zu unterstützen. Als Beispiel sei hier ein Tierfriedhof genannt.

Wir stehen zur B-47-Umgehung für den Rosengarten und werden die Planungen für eine B-44-Umfahrung weiter vorantreiben. Wir wollen diese erneut für den Bundesverkehrswegeplan 2030 vorschlagen, um auch die Kernstadt von Durchgangsverkehr zu entlasten.

Die SPD Lampertheim bekennt sich zu ihrem Ziel den Lampertheimer Altrhein zu erhalten. Hierzu ist eine Entschlammung unumgänglich. Den eingeschlagenen Weg, mithilfe finanzieller Unterstützung des Bundes die Entschlammung durchzuführen und dann den Altrhein in kommunalen Besitz zu überführen, werden wir fortsetzen. Die Arbeit der Stiftung „lebendiger Altrhein“ werden wir unterstützen, um die Vorzüge des Gewässers öffentlichkeitswirksam nach außen zu tragen.

Gemeinsam mit der BILA werden wir uns weiter gegen die oberirdische Variante C der Bahnneubaustrecke zur Wehr setzen. Oberstes Ziel bleibt für uns die Konsensvariante westlich und entlang der A 67. Die Variante C findet nur als bergmännischer Tunnel unsere Zustimmung.

Wir stehen zur durch die Stadtverwaltung vertretenen Verschwenkung der geplanten Hochspannungsüberlandleitung ULTRANET.

Bezahlbares Wohnen für alle

Unser Ziel bleibt der weitere Bau von bezahlbaren Wohnungen. In Lampertheim muss und soll es Wohnraum für jeden Geldbeutel geben.

Dazu schlagen wir vor, dass umgehend vier Mehrfamilienhäuser im ersten Bauabschnitt des Gleisdreiecks erbaut werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, dieses Baugebiet im Rahmen des Landesentwicklungsplanes weiter festzuschreiben. Wir brauchen ein Zielabweichungsverfahren für das Gleisdreieck bei gleichzeitigem Erreichen der Verschwenkung der Stromtrassen.

Ferner erfolgt eine systematische Erfassung von Baulücken im Stadtkern (z.B. über Baulandoffensive Hessen) und Bebauung der entsprechenden Grundstücke (z.B. Riesengasse). Wohnungen gehen vor Parkplätze.

Aktuell bauen wir pro Jahr circa 20 mietpreisgebundene Wohnungen. Damit erhalten wir aber nur den Bestand. Wir müssen diesen steigern. Um Kapazitäten zu steigern soll die SEL so ausgestattet werden, dass sie gegebenenfalls selbst in der Lage ist, Wohnungsbau, Vermietung und Unterhaltung zu betreiben. Dies soll die Baugenossenschaft mit ihren Aktivitäten ergänzen.

Wir müssen uns neuen Formen des Bauens und Wohnens öffnen. Daher braucht Lampertheim einen Projektbeirat für die Zukunft des Bauens und Wohnens.

In diesem Projektbeirat sollen Architekten, Bauträger, Wohnungsbaugesellschaften und der entsprechende Fachbereich gemeinsam einen Bericht mit Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven der wohnungsbaulichen Entwicklungen in Lampertheim.

Besondere Zielsetzungen sollen sein:

- Vereinfachungen von zukünftigen Bausatzungen
- Besondere Berücksichtigung von Möglichkeiten und konkreten Potentialen moderner Wohnformen (z.B. Umwidmung von Gewerbebrachen, Begrünungskonzepte, Blockholzhäuser, Modulbaulösungen).

Die Anreizprogramme „Modernisierung Wohngebäude“ sowie „Gebäude- und Hofbegrünung“ aus dem ISEK mithilfe der Förderung aus dem Programm „Stadtumbau“ müssen umgehend vorbereitet werden.

Es muss eine kontinuierliche Aktualisierung und ggf. Anhebung der Kosten der Unterkunft (d.h. jener Zahlung, die Bezieher von Leistungen aus dem SGB-II erhalten, um ihre Miete bezahlen zu können) auf Kreisebene erfolgen.

Wir wollen eine Anhebung und zweijährliche Überprüfung der Zuschüsse für bezahlbare Wohnungen ab 2022.

Das erfolgreiche Programm „Clevermieter“ wollen wir unbedingt fortsetzen.

Investoren sollen gezielt dazu angehalten werden, in ihren Projekten auch Sozialwohnungen zu verwirklichen.

Ausbauen und besser bewerben wollen wir das Angebot der „Wohnberatung für Senioren“.

In Hofheim und Wehrzollhaus gilt es, den letzten Bauabschnitt in den Rheinlüssen sowie das Gebiet „Alte Gärtnerei“ und schlussendlich auch den „Langen Gräbel“ sowie die angrenzenden Gebiete, die als Bauerwartungsland ausgewiesen sind, zügig zu entwickeln.

Neue Baugebiete und Wohnquartiere im Bestand sollen generationen- und milieuübergreifend gestaltet werden. Hier braucht es einerseits eine gute Mischung aus verschiedenen Wohnformen zum Kaufen und Mieten, andererseits aber auch die Etablierung von aufsuchender Gemeinwesenarbeit in Lampertheim. Dieses „Streetworking“ kann nachbarschaftliche Potentiale heben. Für Konfliktlagen sollte die Zusammenarbeit mit der Neuen Wohnraumhilfe in Form der sozialen Mieterberatung gesucht werden.

Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Reform der Grundsteuer wird in den kommenden Jahren umzusetzen sein. Wir fordern die Einführung einer Grundsteuer C, um Bauland, das in privater Hand ist und „auf Halde“ liegt, schneller mobilisieren zu können.

Garantiert mobil

Zielsetzung bleibt ein preislich erschwinglicher, flexibler, barrierefreier und ökologisch hochwertiger ÖPNV für jeden. Daher möchten wir in Lampertheim eine Preisstufe 0 installieren. Dies bedeutet ein Preisnachlass von 40 Cent pro Einzelfahrt. Die Barrierefreiheit in den Bussen aber auch an der Haltestelle, beispielsweise durch leichter verständliche Fahrpläne, wollen wir stärken.

Die SPD fordert die Installation eines Flexibusses, die flexibel auf Nachfrage dort und zu dieser Zeit Fahrgäste abholt und mitnimmt, wo diese sich befinden.

Für die kommende Konzessionsvergabe für den ÖPNV fordern wir die vollständige Umstellung des Fuhrparks auf E-Busse für die städtischen Linien. Wo immer möglich, sollen kleine Busse eingesetzt werden, um Emissionen zu sparen und die Straßen zu schonen.

Im Mittelzentrum Ried wollen wir uns für die Installation einer Mitfahr-APP stark machen.

Wir fordern volle Unterstützung von Modellen zur Mitnahme von Mitarbeitenden in Kleinbussen, die von Unternehmen auf den Weg gebracht werden.

Wir wollen den Ausbau des Carsharing (1 pro Stadtteil zusätzlich) und des Nextbike-System (1 pro Stadtteil zusätzlich) forcieren.

Installieren wollen wir auch ein Frauennachttaxi, damit insbesondere bei den städtischen Großveranstaltungen Frauen abends sicher von der Feiermeile nach Hause kommen.

Das BusSchule-Programm des VRN wollen wir anbieten und das Mobilitätstraining für Senioren fortführen.

Eine starke Initiative von der Stadt fordern wir beim barrierefreien Ausbau der Haltestellen. Dieser soll mit Abschluss der bevorstehenden Legislaturperiode vollständig abgeschlossen sein.

E-Zapfsäulen sollen von ENERGIERIED als Heimpladestation angeboten werden und der Kontakt mit Supermärkten wegen öffentlicher Zapfsäulen auf deren Parkplätzen gesucht werden.

Ehrenamt- unverzicht- und unbezahlbar

Die SPD Lampertheim setzt sich für Fortführung des Ehrenamtsabends, des Kulturpreis, der Züchterehehung und der Vereinsförderpreise sowie der Sportlerehehung ein. Ehrenamt braucht Anerkennung.

Die städtische Vereinsförderung wird in der Systematik beibehalten. Wir bekennen uns zu den Zuschüssen für unsere Vereine. Angehoben wird der Mindestbeitrag pro Mitglied auf 2 Euro pro Monat, die Zuwendungen in den Richtlinien sollen pauschal um 10% erhöht werden.

Das Darlehen und der Zuschuss werden für Bauvorhaben von Vereinen zusammengelegt und ab sofort pauschal 20% per Zuschuss gefördert.

Wir wollen einen ehrenamtlichen Radbeauftragten installieren

Wir wollen eine Lampertheimer Ehrenamtskarte nach Vorbild des Ferienpasses mit Rabatten bei Geschäften und Bildungseinrichtungen installieren.

Ein wichtiges Ehrenamt ist unsere Feuerwehr. Wir werden uns für den Erhalt der Stadtteilfeuerwehren einsetzen und den Entwicklungsplan der Feuerwehr priorisiert umsetzen.

Die Bestrebungen rund um die Städtepartnerschaften werden wir unterstützen. Wir möchten eine Entwicklungspartnerschaft mit einer Kommune in der einen Welt initiieren und durch die Servicestelle „Kommunen in der einen Welt“ fördern lassen.

Eine vorsorgende Stadt für alle

Unsere Pflichten, das sind die Rechte anderer auf uns!

Mit diesem Leitsatz ist unser politisches Denken und Arbeiten, zum Wohle und im Interesse für alle Bürger in Lampertheim, ausgerichtet. Unser anspruchsvolles Streben besteht darin, eine ausgeglichene Gesellschaft. Wir wollen Chancengleichheit durch gute Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder- unabhängig von Einkommen und Herkunft. Das ist für uns das Kernversprechen der Sozialdemokratie. Kleinkind und Jugend sollen bildungsgerecht leben, Familienstrukturen sollen unterstützt und älteren Mitbürgern ein lebensfrohes Miteinander in der Gesellschaft ermöglicht werden.

Wir wollen im Rahmen des Stadtumbaus gemeinsam dem Seniorenbeirat die Begegnungsstätte Zehntscheune zu einem Haus der Generationen umbauen.

Weiterhin stehen wir im Rahmen des Stadtumbaus gemeinsam mit dem Jugendbeirat für den Umbau der Alten Schule zu einem Jugendzentrum.

Wir wollen im Rahmen des Stadtumbaus das Nebengebäude der Alten Schule zu einem Sozialzentrum umbauen. Dort wollen wir der AWO Kleiderkammer eine neue Heimat bieten.

Wir wollen das Kinderbetreuungsangebot verbessern und werden in der Kernstadt eine weitere Kindertagesstätte und eine weitere Krippe bauen. Ebenso werden die Öffnungszeiten der neuen Arbeitsrealität vieler Menschen angepasst und sukzessive erweitert.

Die Trägervielfalt in der Betreuungslandschaft in Lampertheim werden wir fördern und streben einen Neue Kita unter der Trägerschaft eines Sozialverbandes an.

Das Familienzentrum Bensheim wird durch uns weiter tatkräftig unterstützt und die Förderung von Tagesmüttern verbessert.

Wir wollen die Kapazitäten der Grundschulen durch Schaffung von Raum weiter ausbauen und sicherstellen, dass insbesondere die Grundschüler einen kurzen und sicheren Schulweg haben.

Wir wollen den Übergang von Schule ins Berufsleben durch begleitende Maßnahmen fördern und so allen Schulabgängern einen reibungslosen Start ins Berufsleben ermöglichen.

Wir setzen uns weiterhin für eine optimale und reibungslose Umsetzung des Neubaus des Schulzentrums und der Erweiterung des Gymnasiums ein.

Sozialverbänden wollen wir neue Heimat sein und geeignete Grundstücke anbieten, um Sozialzentren zu errichten und Beratung vor Ort zu ermöglichen.

Wir wollen einen Ferienpass mit unseren Nachbarstädten Biblis, Groß-Rohrheim und Bürstadt weiterführen.

Mithilfe einer Sozialraumanalyse wollen wir zukünftige Bedarfe nach Betreuung im Alter genau erfassen und uns hier dafür einsetzen, bedarfsgerecht Wohnformen im Alter auszubauen.

Den Stellenanteil für aufsuchende Sozialarbeit bei Senior*Innen wollen wir perspektivisch erhöhen. Intensivieren möchten wir die Ausbildung und Förderung von „Senioren-Assistenten“ (Seniorenbegleitung) um Altersarmut und Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken und Kranken zu helfen. Diese sollen ehrenamtlich die durch uns geschaffene Stelle zur aufsuchenden Sozialarbeit für Senioren unterstützen.

Inklusion: Keinen Menschen zurücklassen

Alle Menschen sollen überall am Leben teilhaben können. Egal, wie alt sie sind, ob sie eine Behinderung haben oder z. B. mit einem Kinderwagen unterwegs sind.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden ist eine Voraussetzung für diese Teilhabe.

Der „öffentliche Raum“ beginnt direkt vor unserer Haustür: auf Gehwegen, Straßen und Plätzen, in Parks. Oft fehlen allerdings den Kommunen die Ressourcen, um die zahlreichen wünschenswerten Ziele auch zu erreichen.

Lampertheim hat auf diesem Weg in der Vergangenheit schon einiges erreicht. Am Ziel sind wir aber noch lange nicht angekommen. Inklusion und der Abbau von Barrieren bleiben weiterhin eine Daueraufgabe.

Eine barrierefrei gestaltete Umwelt
... ist für 10 % der Bürgerinnen und Bürger zwingend erforderlich,
... ist für 30 bis 40 % der Bürgerinnen und Bürger notwendig,
und für 100 % der Bürgerinnen und Bürger sehr komfortabel!

Bauen und Wohnen:

- Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen.
- flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im ganzen öffentlichen Raum
- Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen
- systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung des Behindertenbeirates
- Schaffung von mehr günstigen, zentral gelegenen, barrierefreien Wohnraum (Stichwort: Recht auf ein selbstbestimmtes Leben im eigenen zu Hause) und Förderung des betreuten und Mehrgenerationwohnens „Daheim statt im Heim“
- Alle sonstigen öffentlichen Gebäude für Rollstuhlfahrer zugänglich machen oder Alternativen schaffen

ÖPNV und Verkehr:

- Bordstein Absenkung für Rollstuhlfahrer intensivieren
- Barrierefreie Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe und Optischer Anzeigen
- verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Richtung Barrierefreiheit bis 2022
- Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit
- mehr barrierefreie Parkplätze in der Innenstadt bzw. vorhandene nach DIN-Norm ausbauen
- Behindertenparkplätze mit Symbol am Boden und mit einem Schild kennzeichnen

weitere Forderungen und Wünsche:

- Inklusive Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule fördern und fordern
- Online-Dokumente müssen barrierefrei zugänglich sein. Dokumente müssen auch in leichter Sprache vorliegen
- Antragsformulare und Bescheide müssen für sehbehinderte / blinde Menschen barrierefrei zur Verfügung stehen (elektronisch, Braille, Großdruck)
- Barrierefreier Umbau aller öffentlichen Schulen im gesamten Stadtgebiet
- Hallen- und Schwimmbad mit barrierefreien Umkleiden, WC's und Duschen ausstatten sowie Becken-Lifter für Rollstuhlfahrer
- Barrierefreiheit auch bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen
- Schaffung von Inklusionsbetrieben damit Menschen mit Behinderungen mehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben
- Vergabe von städtischen Aufträgen an anerkannte Inklusionsbetriebe
- Schaffung von Inklusionsabteilungen in kommunalen Unternehmen nach Vorbild von Inklusionsbetrieben

Die Wirtschaft beleben- Arbeitsplätze schaffen

Ein funktionierender Mittelstand, Handwerk, Industrie und eine gute kommunale Wirtschaftsförderung sorgen für wohnortnahe Arbeitsplätze und Entwicklungsmöglichkeiten. Zugleich werden die kommunalen Steuereinnahmen gesichert.

Je besser die Standortbedingungen vor Ort, umso attraktiver ist es für Unternehmen sich anzusiedeln. Das sichert Arbeitsplätze und trägt zum Wohlstand aller bei.

Ohne gute Standortbestimmungen haben es unsere heimischen Firmen dauerhaft schwer, an den globalisierten Märkten zu bestehen. Mit einem zügigen Ausbau der Digitalisierung entstehen auch für ländliche Regionen neue Möglichkeiten, wirtschaftliche Betriebe anzuziehen.

Wir fordern unter dieser Prämisse Maßnahmen zur Gewinnung von neuen Unternehmen, Handwerkern, Dienstleistern, Freiberuflern und Existenzgründern zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Lampertheim.

Dabei müssen Flächenverbrauch und zu erwartende Arbeitsplätze miteinander vereinbar sein.

Wir sind für eine Förderung der regionalen Vermarktung sowie Wertschöpfung in Verbindung mit der Wirtschaft / Landwirtschaft.

Dazu gehört auch beratende Begleitung von Unternehmen, Handel, Handwerk, Dienstleistern, Freiberuflern und Existenzgründern, um Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen und es gerade Berufseinsteigern zu ermöglichen, in der Region zu bleiben. Wir wollen daher unseren geplanten Coworkingspace zügig umsetzen, damit einen Leerstand in der Innenstadt schließen und Beratung und Arbeitsräume für junge, kreative oder auch kleine Unternehmen und Selbständige schaffen.

Darum setzt sich SPD Lampertheim ein für:

- die Weiterentwicklung des Tourismus als expandierender Wirtschaftszweig.
- Start Ups (junge, innovative Geschäftsmodelle).
- die Unterstützung von Existenzgründern.
- die Einhaltung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

- den Bürokratieabbau bei Genehmigungsverfahren und damit die Beschleunigung der Verfahren.
- die Schaffung von Ausbildungsplätzen, die Förderung hochqualifizierter Beschäftigungen als auch die Förderung einfacher Tätigkeiten durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik.
- eine enge Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben zwecks besserer Ausbildungschancen und Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit.
- Ausbau und Sanierung von Verkehrsinfrastrukturen
- eine enge Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Landwirtschaftskammer.

Perspektiven für junge Menschen schafft man durch Arbeit und Ausbildung. Daher wollen wir nach dem Vorbild der „Zweiburgtalente“ in Weinheim ein Ausbildungsbündnis insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen im Ried schaffen.

Unser Ziel ist es Lampertheim als Wirtschaftsstandort attraktiver zu gestalten. Das Gewerbegebiet „Wormser Landstraße 2“ muss zügig bebaut werden, sodass sich bestehende Betriebe weiterentwickeln und neue Unternehmen ansiedeln können.

Ein sicherer Ort zum Leben

Die SPD Lampertheim würdigt die Arbeit des Ordnungsamtes, der technischen Betriebsdienste, die Aktionen saubere Gemarkung und Freiwilligentage, ebenso das Engagement der ehrenamtlichen Hilfsdienste (Feuerwehr, THW, DLRG, Rotes Kreuz etc.) Auch Bürgeranregungen über das Portal „sagsdochmol“ (Mängelmelder) helfen Müll und Schmierereien zu melden und zu beseitigen. Unsere Stadt soll frei von Angsträumen sein und ein sauberer und behaglicher Lebensraum für alle werden. Darum werden wir die Anstrengungen für mehr Sicherheit erhöhen.

Wir wollen eine Kampagne „Lampertheim, an allen Orten wie zu Hause“ auflegen. Via Plakaten, Faltblättern, Türhängern und Social-Media-Aktivitäten sollen die BürgerInnen zu mehr Rücksicht auf Sauberkeit und Sicherheit aufgerufen werden.

In die Aktivitäten sollen die technischen Hilfsdienste miteinbezogen werden. Die Bevölkerung soll weiter sensibilisiert und zur Beteiligung aufgefordert werden.

Zur Nachhaltigkeit sollte der Bußgeldkatalog, gerade für illegale Müllablagerungen und sonstige Umweltvergehen, überarbeitet und auch auf diesem Wege veröffentlicht werden.

Die Stadtverwaltung soll, sobald die finanzielle Lage der Stadt es zulässt, mit einer Stelle für das Aufspüren von illegalen Müllablagerungen, präventive Gefahrenabwehr und aufsuchende Quartiersarbeit („Streetworking“) zusätzlich ausgestattet werden.

Ferner möchten wir Unterführungen und Fußgänger- und Radfahrtunnel mit Licht und Kunst ausstatten.

Wir wollen auf dem Gebiet der Stadt Lampertheim überdachte Jugendtreffplätze mit Sitzmöbeln schaffen.

Mithilfe intelligenter Straßenbeleuchtung wollen wir Licht bedarfsgerecht dort stärker schaffen, wo sich Menschen befinden. Ebenso sollen mit der vernetzten Technik an

stark frequentierten Stellen Füllstände von Mülleimern überwacht werden, damit sie gegebenenfalls schneller geleert werden können. An schwach beleuchteten Stellen mit nicht viel Publikumsverkehr sollen gezielt auch Solarleuchten installiert werden. Hierfür muss ein Kataster unter Beteiligung der BürgerInnen aufgestellt werden.

Im Rahmen der Kampagne kann ein Abfallbehälter mit dem Lampertheimer Logo kreiert werden. Bei Neuanschaffung oder Austausch kann dieser sukzessiv installiert werden und für ein einheitliches Erscheinungsbild sorgen. Ein positives Image wird wahrgenommen.

Die Ergebnisse der Befragungen aus dem „Kompass-Projekt“ wollen wir Schritt für Schritt umsetzen.

Demokratie stärken: Alle mitnehmen

Auch außerhalb von Wahlen müssen BürgerInnen die Gelegenheit haben, ihre Anliegen mitzuteilen und ihnen politisch Nachdruck zu verschaffen. Dies sehen wir als kommunalen Beitrag an, um Demokratie zu stärken und Hass, Hetze, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Lampertheim keinen Nährboden zu bereiten.

In jüngerer Vergangenheit haben wir mit der Installation des Senioren- und des Jugendbeirates, des Stadtelternbeirates, des Behindertenbeirates, des Präventionsrates, des Arbeitskreises Energie und Nachhaltigkeit, der lokalen Partnerschaft, den Agendagruppen oder des Fahrgastbeirates Bürgerbeteiligung deutlich gestärkt. Darauf wollen wir aufbauen, gleichzeitig aber auch alle Beiräte und Arbeitskreise in ihrer Arbeit unterstützen.

Wir werden den Bürgerrat einführen. 100 empirisch ermittelte und schlussendlich ausgeloste BürgerInnen sollen eingeladen werden, um im direkten Dialog mit der Verwaltung Eingaben zu machen.

Für Jugendliche wollen wir einen „8er-Rat“ initiieren. In diesem barrierefreien Modell werden Jugendliche der 8. Klassen aller Schulformen über Beteiligungsworkshops ein Jahr zum „8er-Rat“ ernannt und können sich aktiv in den Dialog mit der Verwaltung begeben und ihre Ideen für die Stadt einbringen. In einem Abschlussworkshop werden die über ein Schuljahr hinweg erzielten Ergebnisse präsentiert.

An erster Stelle der Beteiligung steht die Information. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Lampertheim regelmäßig ein „Gemeindeblatt“ mit allen amtlichen Informationen rund um Stadtentwicklung, Verwaltung und öffentliches Leben erscheint, das allen Bürger*Innen zugeht.

Verstärkt durchführen möchten wir auch Bürgerversammlungen. Mindestens einmal pro Jahr soll zu einer Versammlung für alle BürgerInnen eingeladen werden.

Wir wollen einen „Tag der offenen Tür“ für die publikumswirksamen Fachbereiche bei der Lampertheimer Stadtverwaltung installieren. Dieser soll mit dem Neubürgerempfang kombiniert angeboten werden.

Alle zwei Jahre möchten wir die Stadtverordnetenversammlung auf dem Europaplatz tagen lassen. Dies möchten wir mit der Aktion „Woche des Parlamentes“ mit informativen und unterhaltsamen Angeboten und Seminaren rund um die politische Bildung flankieren.

Die Onlinebeteiligung werden wir durch die Weiterentwicklung von Portalen wie „sagsdochmol“ oder dem „Online-Mängel-Melder“ stärken.

Wir möchten verbindliche Online-Petitionsmöglichkeiten für alle Bürger*Innen schaffen. Über eine jeweils stadt- und gemeindeeigene App wollen wir es ermöglichen, dass Gremiensitzungen in geeigneter Form online übertragen werden können und ein Bürgerpanel als ständige Befragung der Bürger*Innen geschaffen wird. (...) Das jeweilige Ratsinformationssystem soll als APP allen Bürger*Innen zur Verfügung stehen und transparent informieren.

Die Gründung eines kommunalen Ausländerbeirates, alternativ die Einrichtung einer Integrationskommission werden wir genauso unterstützen wie die Etablierung eines Kreisbehindertenbeirates.

Die Arbeit des „Bündnisses für Demokratie“ werden wir weiterhin aktiv unterstützen.

Hüttenfeld- freundlich, ländlich, liebenswert

Unser Stadtteil ist freundlich, ländlich und l(i)ebenswert so soll er auch bleiben.

Die SPD-Hüttenfeld will die gute Lebensqualität der Bürger in Hüttenfeld sichern und erhalten. Alle politischen Entscheidungen müssen sozial sein, sich am Wohl der Bürger orientieren und im Dialog mit den Bürgern entwickelt werden.

Auch Hüttenfeld steht vor großen Herausforderungen angesichts des demografischen Wandels.

Soziales Miteinander

Angesichts dieser demografischen Entwicklung wird sich die SPD-Hüttenfeld gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Lampertheim dafür einsetzen, dass die Grundversorgung aller Bürger einschließlich der medizinischen Betreuung im Stadtteil sichergestellt bleibt.

Durch ein qualitativ hochwertiges Angebot an Betreuungs- und Kindergartenplätzen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicher zu stellen.

Ein besonderes Gewicht ist hier auf Selbsthilfe Gruppen und das bürgerschaftliche Engagement zu legen. Die heimischen Betriebe sind anzuhaltend, für ihre Beschäftigten die Vereinbarkeit von Arbeit, Kinderbetreuung und Pflege zu verbessern.

Eine zukunftsorientierte Bauleitplanung hat neue Wohnformen wie etwa Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaftshäuser und energiesparende Bauweise zu berücksichtigen. Beim Ausbau von Gehwegen und Straßen sind die Interessen behinderter und älterer Menschen zu berücksichtigen. Beim Straßennetz sind die Belange der Fußgänger und Fahrradfahrer zu stärken. Die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs zwischen der Stadt den Stadtteilen und dem Kreis ist kontinuierlich fortzuführen.

Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

„Kein Kind zurücklassen“ lautet die oberste Richtschnur.

Hüttenfeld verfügt über sehr gut geführte Kindertagesstätten. Auswärtigen Eltern, die in Hüttenfeld arbeiten, sollten freie Kindergartenplätze angeboten werden können. Eltern sind von Beiträgen zu

Betreuungseinrichtungen möglichst zu entlasten. Insbesondere für Familien mit mehreren Kindern sind vermehrt Informationen zu Hilfen und Beratungsangeboten zu geben und die Kontaktaufnahmen zu den „Amtsstellen“ zu erleichtern. Die engagierte Vereins- und Nachwuchsarbeit in allen Vereinen trägt wesentlich zum sympathischen Leben in Hüttenfeld bei. Die SPD-Hüttenfeld wird diesen Einsatz fördern und unterstützend dazu beitragen, dass die Arbeit mit Jugendlichen und Kindern, wo möglich, auch finanziell unterstützt wird.

Bildung

Nach dem Motto „Kurze Wege für kurze Beine“ setzt sich die SPD für den Erhalt und die Erweiterung der Hüttenfelder Grundschule ein. Notwendige Maßnahmen zur Schulwegsicherung und Verkehrssicherheit müssen ständig innovativ weiterentwickelt werden. Zur Integration von Kindern, Jugendlichen und erwachsenen Migranten ist eine frühzeitige Teilnahme an Sprachkursen und Angeboten des Zusammenlebens zu fördern. Eine besondere Aufgabe im Rahmen der Erwachsenenbildung sollte der Volkshochschule zukommen. Ein selbstverständliches Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten (Inklusion) ist in allen Bereichen des öffentlichen Lebens einzufordern.

Ehrenamt

Die SPD-Hüttenfeld ist überzeugt, dass die ehrenamtlich Tätigen wichtige Dienste im Interesse der Bürger leisten und dabei einen unschätzbaren Wert für unser Gemeinwesen darstellen. Daher verdienen Unterstützung all die Aktiven und Förderer in Feuerwehr, sozialen Diensten und den Sport- Kultur und Bürgervereinen sowie all die nicht genannten, die sich im Kleinen nachbarschaftlich für Mitmenschen einsetzen. Dieses vielfältige Ehrenamt muss weiterhin gewürdigt, gefördert und gestärkt werden.

Umwelt-Ökologie – Klimaschutz

Für den Umweltschutz gilt:

Global denken und lokal handeln.

Umweltschutz ist für uns eine zentrale Aufgabe. Die SPD will das Hüttenfeld bei den regenerativen Energien sich nicht ins Abseits stellen lässt und diese Position im Interesse der Bürger und der Umwelt so ausgebaut wird das eine Gefährdung der Bürger und Natur nahezu ausgeschlossen bleibt. Die SPD-Hüttenfeld wird sich dafür einsetzen, dass Energiesparende Maßnahmen im öffentlichen Bereich effektiv fortentwickelt und auch im privaten Bereich nach Möglichkeit gefördert werden.

Die Verhältnismäßigkeit zwischen Mensch und Natur muss bei der Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen gewahrt bleiben.

Der Schutz des Menschen muss dabei Vorrang haben.

Gemeindeentwicklung und Verkehr

Die SPD-Hüttenfeld achtet darauf, dass im Rahmen einer angemessenen Entwicklung vorhandene Gewerbeflächen erhalten bleiben, um Arbeits- und Ausbildungsplätze in Hüttenfeld zu sichern. Dabei werden alle Bestrebungen der heimischen Betriebe zur Nutzung von Synergien und zur Einrichtung neuer Arbeitsplätze unterstützt.

Um die Bürger nicht stärker durch den Autoverkehr zu belasten ist ein zukunftsweisendes Konzept zur Verkehrsführung zu entwickeln.

Wir werden darauf achten, dass die Bürger bei allen Planungen vor allem bei Bauvorhaben, bei denen sie finanziell belastet werden, frühzeitig informiert und eingebunden werden.

Orts Ein- und Durchfahrten sind verkehrssicher und attraktiv zu gestalten.

Verwaltung und Finanzen

Die SPD-Hüttenfeld will, dass weiterhin die Zusammenarbeit aller Politiker im Rahmen einer Haushalts Strategie fortgesetzt wird. Es gilt, den bisher beschrittenen Weg die Finanzen auf solide Grundlagen zu stellen, weiter zu verfolgen. Um bei den Gemeinde Finanzen die Handlungsfähigkeit für spätere Generationen zu erhalten, muss der Schuldenstand der Stadt niedrig gehalten werden.

Die Bestrebungen der Stadtverordneten und des Magistrats in dieser Richtung werden von uns unterstützt und gefördert. Denn nur so können wir auch für die Zukunft Freiräume schaffen und die kommunale Selbstständigkeit und Selbstbestimmung sichern.

Dabei muss aber darauf geachtet werden, dass der werterhaltende Bestandschutz der Stadteigenen Gebäude und Einrichtungen die notwendige finanzielle Unterstützung erhält und nicht an übermäßigen Sparzwängen scheitert.

Neuschloß: Sanierung gut abschließen, Bahntrasse C verhindern

Die Verlegung der Bushaltestelle Forsthausstraße/L3110 (sollte das Bauvorhaben noch nicht vollzogen sein) werden wir zügig und engagiert vorantreiben.

Die Geruchsbelästigung durch den Kanal wollen wir beenden und hierfür Lösungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten finden.

Die Altlastensanierung wollen wir zum guten Abschluss bringen. Dies gilt für die Sanierung des Grundwassers, die Sicherung/Sanierung der Sandgruben sowie die Sicherung/Sanierung des Roten Hofes.

Bei der ICE-Trasse bleiben wir bei unserer seit Jahren vertretenen Auffassung: Ziel ist die Erhaltung unseres Waldes/Naherholungsgebietes. Daher wird die Variante C in oberirdischer oder offener Tunnelbauweise keine Zustimmung finden.

Rosengarten-Umgehung, Kaufland, Sportplatz

Das Gelände des ehemaligen Kauflands wollen wir einer zukunftsorientierten Nutzung zuführen. Wir werden Gefahren und Belästigungen der Bevölkerung vermeiden, insoweit die Verwaltung Mitsprache hat und die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.

Der ehemalige Sportplatz ist so zu verändern, wie es mit der Bürgerkammer besprochen ist. Es soll ein Bolzplatz für die Jugend entstehen. Dazu ein Gelände für die KITA mit neuem Haus(Holzbude), Spielgeräten(zum Teil schon vorhanden), eventuell Boule-Platz und die Restfläche soll im Sinne der Biodiversität begrünt werden. Ein Stromanschluss für Feste soll entstehen.

Wir unterstützen Hessen Mobil für die Umgehung der B47 in dem Verfahren Südumgehung Rosengarten. Die Umgehung muss kommen.

Wir fordern die Errichtung eines Dorfplatzes neben dem Dorfgemeinschaftshaus mit Anschlüssen für Strom (400V und 230V) und Frischwasser. Den Brunnen wollen wir frei zugänglich machen und die Grünanlage etwas zurückbauen. Um die Erdbeerkerwe unterstützen zu können, soll der Boden für Budenaufbauten geeignet sein. Die Fläche sollte ebenerdig sein. Die Parkplätze sollen mit variabler Abgrenzung zum Platz erhalten bleiben.

Wir bekennen uns zum Erhalt der Örtlichen Einrichtungen auch bei angespannter Haushaltslage für KITA, Friedhof und Verwaltungsbüro.

Die Digitale Infrastruktur möchten wir verbessern.

Mit dem Wasserverband sollen verbindliche Regelungen für Durchfluss, Reinigung und Instandhaltung der Gräben gefunden werden.

Der ÖPNV ist für Rosengarten wichtig. Insbesondere die Problematik mit dem Grundschulbus wollen wir betrachten und lösen. Ziel ist es, die Zeit überfüllter Schulbusse zu beenden.

Hofheim- Eine zukunftsfähige Gemeinde, ein lebendiger Stadtteil Lampertheims

„Unsere Umwelt ...“ - ist ein zentrales Thema, das in Hofheim kontinuierlich in den vergangenen Jahren im Blick behalten wurde und auch künftig im Mittelpunkt stehen wird. Die Weiterführung der Renaturierung des Mühlgrabens ist eines der zentralen Themen in diesem Bereich - und soll durch weitere Renaturierungsprojekte, Biotopvernetzungen und Baumpflanzaktionen flankiert, ergänzt und ausgebaut werden. Aber auch das Thema „Essbare Stadt“, beispielsweise ein für alle pflück-barer öffentlicher Kräutergarten, soll in den kommenden fünf Jahren konkretisiert und seine Um-setzung in mindestens einer Maßnahme erfahren.

Die städtisch subventionierte Aufstellung von Bienen- und Insektenhotels auf privaten Grund-stücken können wir uns in diesem Zusammenhang vorstellen, auch und gerade in Zusammenarbeit mit dem Handwerk vor Ort: Wer ein vorgeschlagenes Insektenhotel „Hofheim“ in seinem Garten aufstellt, erhält nach Einsendung eines „Baufertigstellungsfotos“ einen Zuschuss - gut angelegtes Geld, wie wir meinen, eine tatsächliche Investition in die Zukunft.

Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen, dass es in Hofheim eine öffentlich zugängliche Ladestation für Elektrofahrzeuge und E-Fahrräder geben wird (zentral gelegen, bspw. am Alten Rathaus) und dass eine Berücksichtigung bei kommenden Car-Sharing-Konzepten stattfindet - wünschenswert wäre hier die Möglichkeit ein großvolumigeres Fahrzeuge über das Car-Sharing in Hofheim „buchen zu können“, um den Umstieg auf kleine, sparsamere bzw. Fahrzeuge mit alternativen Antriebsenergien zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Dies gepaart mit dem Ausbau bzw. der Wiedereinrichtung gestrichener Verbindungen des ÖPNV - gerade in den Abendstunden in Richtung Kernstadt, Worms und an die Bergstraße - sind die Zutaten einer erfolgreichen und ökologisch-sinnvollen Mobilität für die Hofheimer Bürger und jene die es werden wollen.

Gerade im Sinne einer ökologisch-sinnvollen Mobilität werden wir auch ein Durchfahrtsverbot für den schweren LKW-Verkehr in Hofheim fokussieren - ohne Einschränkungen für Anlieger. Aber den Bau von weiteren Logistikflächen in den

Nachbargemeinden haben wir im Blick und dieser Ausbau soll nicht zu Lasten der Hofheimer Bürgerinnen und Bürger gehen - da der anwachsende Durchgangsverkehr ein erhöhtes Gefährdungspotential, mehr Lärm - aber auch Straßenschäden und somit eine Kostensteigerung in der Unterhaltung mit sich bringen wird.

„Eine Gemeinde für alle“ - ist ein weiteres zentrales Anliegen der Hofheimer SPD: „besitz- und beispielbar“ sollte Hofheim werden. Sitzmöglichkeiten können in der Bewegung eingeschränkte Menschen auf ihrem Weg zum Einkauf oder zu ihrem Verein in der Mobilität unterstützen und diese besitzbaren Stellen auch zu Orten der Kommunikation werden lassen. Dezentrale Spiel- und Sportgeräte und Möglichkeiten ergänzen dies für die jüngere und ganz junge Generation und bringen das Thema Spaß und Spiel ins Herz der Gemeinde. Die Fortführung der Barrierefreiheit ist in diesem Zusammenhang in Hofheim für uns Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit.

Die Weiterentwicklung des Radwegenetzes - dies beinhaltet auch eine Ladestation für E-Fahrräder, gegebenenfalls in Verbindung mit der Ladestation für Elektrofahrzeuge - ist ein weiterer Punkt, um Hofheim zum attraktiven Ziel für Radtouren aus dem Umfeld zu machen. Auch ein ausgereiftes und durchdachtes Parkflächenkonzept von städtischer Seite gehört zu unseren Forderungen, um den zur Verfügung stehenden öffentlichen Raum für alle nutzbar zu machen. Rollstuhlfahrern und Familien mit Kinderwagen und Kleinkindern das Benutzen der Gehwege zu ermöglichen, „besitzbare“ Elemente und Spielmöglichkeiten sind zu integrieren, die begonnene Barrierefreiheit fortzuführen - und trotzdem soll Parkraum für die Fahrzeuge der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben. Unabdingbar zu einer „Gemeinde für alle“ gehört für uns ebenso die Erhaltung der Verwaltungsstelle in Hofheim wie auch der Nahversorgung vor Ort gerade auch im Hinblick auf unsere älteren Mitbürger - wir sehen Hofheim nicht als „Schlafstadt“, sondern als lebendige und zukunftsfähige Gemeinde.

Eine Ergänzung des bestehenden WLAN Access Points am Alten Rathaus sollte geprüft und das flächendeckende Glasfasernetz als wichtiger Faktor für eine zukunftsfähige Gemeinde, mit Geschäften, Unternehmen und Arbeitsplätzen - ob im Home-Office oder klassischen Büro vor Ort - ausgebaut werden. Und da Hofheim für die nächsten Generationen, die in ihrem Heimatort leben und bauen wollen, aber auch für

Menschen aus der Region und ganz Deutschland ein gefragter Wohnort ist, gilt es nach dem letzten Bauabschnitt „In den Rheinlüssen“, neue Ideen für die Zukunft zu prüfen und zu fördern, nicht zuletzt die Verdichtung innerhalb der bestehenden Gemeindegrenzen aber auch die Ausweisung neuer Baugebiete für Wohnen bzw. Gewerbe.

Dass Wohnraum bezahlbar sein muss, steht für uns Sozialdemokraten dabei über allem. Sicherheit und die Überwindung von Angsträumen, ein unmittelbar mit dem Wohnen gekoppeltes Thema: Sicher Wohnen, beispielsweise durch die Forderung der SPD-Fraktion im Ortsbeirat Hofheim nach einer Beleuchtung der verlängerten Karlsbader Straße - die Menschen in Hofheim sollen sich sicher fühlen können und sogenannte Angsträume müssen mit geeigneten Maßnahmen überwunden werden.

„...und für alle Generation“ - auch und gerade für die Jüngsten und die jungen Erwachsenen sollen die Sport-, Spiel- und Bolzplätze zeitgemäß erhalten und überarbeitet werden: Der Bolzplatz am Feuerwehrgerätehaus soll einen geeigneten Belag erhalten, vorhandene Tore durch neue Basketballkörbe ergänzt werden. Auch der Bolzplatz an der Grillhütte, generell die Spielplätze in Hofheim sollten überdacht und im Gespräch mit der jüngeren Generation an aktuelle Anforderungen angepasst werden. Diese werden beispielsweise in regelmäßigen Gesprächen mit den Sportvereinen thematisiert und in den entsprechenden Gremien eingebracht. Hofheim als Standort für Schule und frühkindliche Betreuung und Erziehung muss erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden.

„Keimzelle des Zusammenlebens“ - sind für uns die vielfältigen aktiven und erfolgreichen Hofheimer Vereine, für deren Förderung wir uns weiter einsetzen und gemeinsam mit diesen auch in Zukunft das Ehrenamt stärken wollen. Die kostenfreie Nutzung städtischer Räumlichkeiten, der aktive Austausch mit den Vereinen bleibt auch weiterhin ein wichtiges Anliegen.

Auch die Förderung neuer Ideen, neuer Konzepte, beispielsweise der Bücherschrank am Alten Rathaus, neuer Gruppierungen, aus denen neue Vereine erwachsen können ist uns ein Anliegen - Bestehendes bewahren - beispielsweise auch die gute Zusammenarbeit mit „Cultur Communal“ - und aktiv im Dialog mit den Bürgerinnen

und Bürgern in Hofheim die Zukunft gestalten - und wer weiß vielleicht wird die Idee eines eigenen kleinen Heimatmuseums im Haus der Vereine/Haus der Begegnung, doch früher spruchreif, als gedacht. In diesem Sinne werden wir den Kreis Bergstraße auffordern, die damals an den Kreis Bergstraße für einen obligatorischen Euro veräußerte Alte Schule zu den gleichen Konditionen zurückzuübertragen.

Generell wollen wir uns weiterhin für ein aktives Gemeinschaftsleben einsetzen. Dafür werden unsere beliebten Festivitäten auf den Prüfstand gestellt, um neues erweitert und ausgebaut, aber auch dem Zeitgeist angepasst. Althergebrachtes muss - so es bewahrt werden soll - ins neue Zeitalter überführt werden.

„Zuhören. Ernst nehmen. Bewegen.“ - ohne dies, ohne den Austausch mit den Menschen vor Ort wäre alles dies nicht möglich, auch deshalb werden wir unsere Idee des „Roten Tisches“, das Gespräch vor Ort zu suchen, weiter ausbauen, noch präsenter und kleinteiliger vor Ort sein - denn jedes Gespräch ist wichtig, bietet Impulse, Ideen und belebt das Miteinander der Menschen in Hofheim. Und das „Ohr an Europa“ hat Hofheim auch, über die Orts- und Landesgrenzen findet der Austausch statt, denn die Partnerschaft mit Dieulouard ist uns wichtig und eröffnet den Bürgern vor Ort ganz andere und neue Perspektiven aus Sicht unserer französischen Freunde.

„Howwe is owwe“ - so hört man es jährlich auf der beliebten Hofheimer Kerb, deren Besucheraufkommen auch zeigt, wie sehr Hofheim im Ried verankert, geschätzt und beliebt ist - und dafür, dass es „owwe“ bleibt, dafür werden wir, Ihre Hofheimer Sozialdemokraten, arbeiten und uns für Sie einsetzen.